

# Beitrag.

1851.

Telegraphische Nachrichten.

ving Spoleto, dieseits von Terni einmarschieren. Monsignor Clementi ist zum päpstlichen Nuntius für Mexico bestimmt. Sacconi kehrt als Nuntius wieder nach München zurück.

Breslau, 7. Juni.

So lange die demokratische Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit diese Stellung einnahm, bestanden zwar zwischen ihr und der konstitutionellen Partei tief einschneidende Verschiedenheiten über die wichtigsten Fragen der Staatsorganisation, der Rechte der Krone und des Volkes, aber nicht unheilbare Gegensätze. Diese sind aber mit dem Augensitze eingetreten, an welchem die demokratische Partei durch Negierung der Rechtsgültigkeit des

Darum gehen unsere Wege und die Wege der Demokratie auseinander. Darum verwerfen beide Theile mit vollem Rechte jeden Gedanken an eine Verständigung. Denn für sie ist kein Ausgangspunkt und kein Endziel für ein gemeinsames Wollen ersichtlich.

W r e n f e n.

**Berlin, 6. Juni.** Sr. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Bombardier Gerbardt vom 4ten Artillerie-Regiment die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; die bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angestellten wirklichen Legations-Räthe v. Gruner und Philipsborn zu geheimen Legations-Räthen; und den bisherigen Staats-Anwalts-Gehülfen Hildebrandt zu Angermünde zum Staats-Anwalt bei dem Kreisgerichte in Friedeberg in der Neumark zu ernennen.

Das 17te Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 3393 das Statut des Krannichau-Polziger Deichverbandes; vom 30. April 1851; unter Nr. 3394 den allerhöchsten Erlaß vom 30. April 1851, betreffend die der Stadt Berlin in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung der Kunststraßen vom Rosenfelder Thore bei Berlin über den Giesendamm und Meindorfsdorf zum Anschlusse an die Berlin-Stettiner Chaussee bewilligten fiskalischen Vorrechte; unter Nr. 3395 den allerhöchsten Erlaß vom 30. April 1851, betreffend die Chausseergeld-Erhebung auf der Chaussee von Stolp nach Zeizow; und unter Nr. 3396 den allerhöchsten Erlaß vom 30. April 1851, betreffend das Verfahren bei Intabulationen pommerischer Pfandbriefe.

Abgereift: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-stre-  
itzsche Staatsminister v. Bernstorff, nach Neu-Strelitz. Se.  
Excellenz der fürstlich wallachische Staatsminister Bibesco, nach  
Hamburg. Der General-Major und Kommandant von Danzig,  
v. Linger, nach Danzig.

**Berlin, 7. Juni.** [Hofnachricht.] Die Pr. Ztg. meldet: Sr. Majestät der König wird heute gegen Abend auf der Rückkunft von seiner Reise nach Hannover in Potsdam erwartet. Se. Excellenz der Herr Minister-Präsident begiebt sich heute Nachmittag nach Potsdam, um Sr. Majestät zu empfangen. In Magdeburg hat vor Sr. Majestät eine große Parade der dortigen Garnison stattgefunden.

(N. Pt. 3.) Se. Majestät der König werden auf der Rückreise von Hannover heute nicht nur in Magdeburg, sondern auch in Brandenburg die Truppen besichtigen. Am letztern Orte werden Se. Majestät das Dejeuner bei dem Dombedienten Herrn v. Erleben einnehmen.

Die W. Z. meldet, daß der Kaiser und die Kaiserin von Rußland hier eingetroffenen Nachrichten zufolge am 10. d. M. von Warschau wieder nach Petersburg zurückreisen. Das Gerücht, daß in kurzer Zeit eine zweite Zusammenkunft zwischen dem Könige und dem Kaiser stattfinden solle, der auch der Kaiser von Oesterreich beizuohnen würde, scheint hiernach der Begründung zu ermangeln. Dasselbe Blatt berichtet, daß es den persönlichen Bemühungen des Kaisers von Rußland gelungen sein soll, in Umlauf die Hauptschwierigkeiten einer „innerlichen und wahren“ Einigung zwischen Oesterreich und Preußen für den Augenblick gänzlich zu beseitigen, und kommt zu dem Resultat, daß die Erneuerung der heiligen Allianz in ihrem ursprünglichen Umfang wohl nicht mehr in Zweifel zu stehen sein dürfte; auch soll General Thümen nach Warschau Instruktionen mitgenommen haben, die über die deutsch-dänische Frage hinauszgingen. Uebrigens bestätige es sich wiederholt, daß die Nachricht von der Auffstellung und Bereithaltung einer Bundesarmee von 120,000 Mann unbegründet sei, da einerseits eine solche Maßregel als eine Provokation gegen Frankreich betrachtet werden könnte, andererseits im eventuellen Falle doch keine genügenden Garantien

□ **Berlin**, 6. Juni. [Das System der Reaktivirungen. — Die Reise des Prinzen von Preußen. — Die Kreis- und Provinzial-Landtage.] Die interimsliche Wiederherstellung der alten Kreis- und Provinzial-Landtage ist ein notwendiges Glied in der großen Kette der sogenannten Reaktivirungen, um die es sich seit Jahr und Tag mit einer immer sichtbar werdenden Rhythmisirung in der deutschen und europäischen Politik handelt. Die „Reaktivirung“ ist es von Oesterreich in Cours gesetzter friedlicherer Auedruck und Euphemismus für die Reaktion geworden. Dies österreichische System begann mit der theilweisen Reaktivirung des Frankfurter Bundestages, der jetzt die vollständige, wie das Facit eines richtigen Nennen-Exempels, gefolgt ist. Die Reaktivirung der innern Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten schließt sich unmittelbar und unabtrennbar daran. Ueber allen diesen Reaktivirungen schwebt die Hauptreaktivirung, nämlich die der heiligen Allianz, als die Alles bestimmende Norm und Spitze der jetzt vorgehenden Entscheidungen. Die Erneuerung dieser Allianz zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen ist vor der Hand nur angebahnt, obwohl nicht mehr zu bezweifeln ist, daß es demnächst zum Abschluß einer neuen und ganz bestimmt formulirten Bündniß-Akte unter den drei Mächten kommen wird. In der auswärtigen Politik ist man vollkommen und nach allen Seiten hin einig, und nur die schwebenden Differenzpunkte zwischen Oesterreich und Preußen, die in Wien wie in Berlin aufreht erhalten worden sind, haben noch die Unterzeichnung des neuen Allianz-Traktats gehindert. Bei allen freundschaftlichen Formen und Versicherungen ist das österreichische Kabinett doch von Tag zu Tag spödder gegen Preußen geworden. Preußen wird auch durch die Vermittlung Rußlands keine ausdrücklichen Garantien gegen die Pläne Oesterreichs erlangen können. Doch könnte wenigstens der Schein auf eine zufriedenstellende Weise für Preußen geordnet werden. Man scheint auch hier in den höchsten Kreisen keine Zweifel mehr darüber zu hegen, daß alle noch bestehenden Schwierigkeiten zurücktreten und dem allgemeinen Ziel der Reaktivirungs-Politik weichen werden. Die Reise des Prinzen von Preußen nach Warschau hat in dieser Beziehung allerdings eine wesentliche politische Bedeutung. Schon der Entschluß dazu bezeichnet eine Umstimmung, die in der betreffenden Region, in welcher der unbedingten Vereinbarmachung mit Oesterreich am stärksten widerstrebt wurde, wichtig genug genannt werden muß. Die preußische Kriegspartei, so weit sie auf dieser Seite repräsentirt wird, scheint ihre Verknüpfung mit der Mantuffelschen Politik abgebrochen zu haben.

Unter diesen außerordentlichen Umständen, die feilich für jene Ministerial-Politik nicht günstiger fallen können, schreitet man auch zur Reaktivierung der alten Kreis- und Provinzial-Landtage. Dabei verbürgt man es sich schon ganz gewiß, daß es bei dieser interimistischen Wiederbelebung der alten Stände doch auf eine definitive Zurückführung und Reorganisation derselben abgesehen ist, wobei natürlich das Grundwesen der konstitutionellen Verfassung Preußens berührt werden muß. Die Provinzial-Landtage sind zu sehr das Stichwort aller Anstrengungen einer gewissen Partei gewesen, als daß man nur einen Augenblick lang den entscheidenden Moment verkennte sollte, in den wir jetzt in der That mit unsern inneren Zuständen eingetreten sind. Diese Partei treibt zu durchgreifenden und energischen Entschlüssen. Der passive Widerstand, der sich in allen Provinzen vorbereitet, wird von der Regierung, wie es scheint, ohne Besorgniß bemerkt. Die Regierung tritt aber mit einer gewissen Naivität in diesen Kampf, die man nicht genug anstaunen kann. Es ist lediglich der Minister des Innern, der durch zwei Erlasse, die sich ganz einfach den Anschein eines Verwaltungs-Regulativs geben, Institute wieder ins Leben ruft, die auf dem gesetzlichen und verfassungsmäßigen Wege definitiv beseitigt wurden, und die selbst nicht durch einen Dekretspruch-Act des ganzen verantwortlichen Staats-Ministeriums erneuert werden können. In der Öffentlichkeit hat man diesen Erlasse bisher eine ungemöhnliche Stille entgegengesetzt. Erst heute beginnt in hiesigen Blättern eine lebhaftere Besprechung, wobei es sich in der Prüfung über die Rechtmäßigkeit der in den Ministerial-Erlasse herrschenden Motive kaum noch um einen Parteistandpunkt handeln dürfte\*).

\*) Ann. der Med. Die Nat.-Ztg. hat sich natürlich sehr entschieden gegen die betreffenden Restriktionen ausgesprochen, und Boff-  
den gegen die betreffenden Beschränkungen gegen dieselben ausgesprochen, und für  
hat mehrfache Bedenken gegen dieselben ausgesprochen, und für  
die sie im Widerspruch gegen die Befassung; an und bricht die Befragung  
reist sich ebenfalls der Opposition an und bricht die Befragung  
aus, daß das interimistische Aequaten der Kreis- und Provinzialver-  
waltungsämtern sich sehr bald in eine definitive Grenzlinie ver-  
wandeln werde. Auch die Schles. Ztg. sagte: „Man scheint  
sich in den seltensten Fällen ganz klar gemacht zu haben, daß  
„Provisorien“ an dieser wieder hergestellten Kommunalver-  
waltung nur das Uebersäufte ist, und daß in der That bald darauf  
weiter schaffst, d. h. mit Wiederherstellung der alten Provinz-  
ialverwaltung vorgegangen werden dürfte.“

Die Spen. Z. berichtet ferner, daß sich den Gründen des Prote-  
stes des Ober-Burggrafen von Brünneck wieder Bedeutende Namen  
aus Schlesien angeschlossen haben, welche namentlich besreiben, daß  
ein Minister durch eine bloße Verordnung dergleichen verfügen  
könne. Auch in Berlin seien in hohen Kreisen bedeutende Einwen-  
dungen erhoben worden.

Der Koblenzer Correspond. der „N.-M.-A.“ vernimmt aus Wies-

= Berlin, 6. Junl. [Die Credit-Verhältnisse des  
ländlichen Grundbesitzes.] Das landwirthschaftliche Mi-  
nisterium hat bekanntlich in Bezug auf die Credit-Verhältnisse  
des ländlichen Grundbesitzes, Berichte von den Special-Kommis-  
sarien, Landräthen u. über die Belastung des ländlichen Grund-  
vermögens durch Altentzins und gutsherrliche Renten, über den  
Umfang der Hypothekenverschuldung, den Zinssfuß, die lössigen  
Nebenbedingen, über die Quellen der Verschuldung, den Pufos  
nat-Credit u. s. w. eingefordert. Es liegen 137 derartige Be-  
richte aus allen Theilen des Landes im Ministerium vor. Ich  
bin im Stande, Ihnen die wesentlichsten Ergebnisse dieser Be-  
richte in folgender Zusammenfassung wieder zu geben.

Bezüglich der bäuerlichen Güter und ähnlicher, in so weit sie eigenbändig von den Besitzern bewirtschaftet werden, stimmen die erwähnten Berichte, die sich über sämtliche Provinzen mit Ausnahme der Rheinlande erstrecken, darin vollkommen überein, daß sich in den letzten Jahren vor 1848, also etwa bis 1845, der Kaufpreis dieser Güter von den Jahren 1825—1830 ab in fortwährendem Steigen gewesen ist. Das Maas dieser Preissteigerung wird auf 25—30 pCt. angegeben. Seit den Ereignissen von 1848 ist vielfach ein Rückschlag um 10—20 pCt. eingetreten, wenngleich nicht in der Allgemeinheit, wie er etwa bei den städtischen Grundstücken sich zu erkennen gegeben hat. In sämtlichen Provinzen ist es ferner, daß bei Uebergabe eines Hofes an den Erben zu Lebzeiten der Abgeber, diese geringe Alterstheile oder Ausgedinge vorbehalten, die in der Regel ein Zehntel bis ein Viertel oft aber auch die zur Hälfte des Reinertrages des damit belasteten Hofes absorbiren.

Die Mitglieder werden ganz allgemein durch Geld abgesunden. In der Provinz Posen kommt hin und wieder Abfindung durch Landtheilung vor; sie ist in der Provinz Sachsen bei Wandra-  
ckern und daher insbesondere in den Kreisen Erfurt, Langensalza, Mühlhausen und Nordhausen die Regel, ebenso in Westfalen in den Kreisen Bielefeld und Warburg.

In sämmtlichen Provinzen ist die hypothekarische Verschuldung der bäuerlichen Grundstücke die Regel, mit Ausnahme des überwiegenden Theils von Pommern, wo sie seltener vorkommt, weil dort die Sitte die erbliche Bevorzugung des Anebens gebietet, die ritterschaftliche Privatbank gütig eingewinkt hat, und im Regierungsbezirk Straßburg überdies die Hypothekensicher noch nicht eingeführt sind. Dester scheint auch der geringe Werth der Grundstücke entgegenzutreten zu sein, so in den Kreisen Igd. und Johannisburg, Rathaus, Behrend-Rustadt, Straßburg, Lobau, Deutsch-Krone; ebenso in Derschefften; Nicht selten soll auch der konservative Geist der Patrimonialrichter der Verschuldung entgegenge wirkt haben.

Die Höhe der Verschuldung ist ziemlich gleichmäßig in allen Provinzen, sie erstreckt sich gemeinhin bis zur Hälfte des in den Jahren von 1848 üblich gewesenem Kaufpreises, erreicht aber auch nicht selten  $\frac{2}{3}$  und  $\frac{3}{4}$  desselben. — Einen erheblichen Gegensatz bietet dagegen der Zinssatz dar, der von den eingetragenen Kapitalien entrichtet werden muß; derselbe erreicht das höchste Maß in den von Handelsorten und industriellem Leben entfernten Landestheilen, daher in Preußen 6 p.Cent und in günstigeren Fällen 5 p.Ct., im Kreise Allenstein ist derselbe durch den Einfluß der Meliorations-Kasse öfter auf 4 p.Ct. bestimmt; in Posen 5 und 4 p.Ct., ebenso Schlessen und die Marken, während in Sachsen und Westfalen 4 p.Ct. vorherrschend sind und auch wohl  $\frac{3}{4}$  und 3 p.Ct. vorkommen.

Dieser Gegenstand tritt indessen um so schärfer hervor, sobald gleichzeitig die lästigen Nebenbedingungen in Rechnung gestellt werden, zu denen der Schuldner bei Abschließung oder Prozeßgation einer Anleihe sich versehen muß. Sie sind der mannigfachen Gattung, bestehen theils in Provisionen und Zinsbögeln, theils in Natural-Leistungen, Beisaaten, Heumnutzungen, billigem Verkauf der Früchte, freier Weide und Naturalien aller Art; sie erreichen in der Provinz Preußen 5—8 pCt., sind jedoch in der Gegend von Danzig geringer; steigen in den entlegenen Grenzgegenden hin und wieder auch wohl auf 20 pCt. und darüber. Weniger lästig sind die Nebenbedingungen in Hinterprovinzen, während der Bücher seinen Höhepunkt in der Provinz Posen findet, wo für Krotoschin sich bis 100 pCt. angegeben findet, wobei Czarnaula indessen eine Ausnahme macht, indem dort nur Erbansätze eingetragen sind. Alle übrigen Provinzen sind vom Bücher fast ganz frei, und es werden bei Abschließung von Anleihen hin und wieder nur Commissionsgebühren von  $\frac{1}{2}$  bis 2 pCt. gezahlt.

In Beziehung auf den Personal-Credit ist der Zinsfuß an und für sich dem hypothekarischen überall ziemlich gleich; dagegen macht sich durch lästige Nebenbedingungen der Wucher, der in Westfalen, Sachsen, den Marken, Pommern und Niederschlesien kaum vorkommt, in Preußen und Posen um so ungünstiger geltend.

In den entlegenen Gegenden von Preußen ist Personal-Geld zu eigentl. nicht zu erlangen, und wenn dem Bauer das Viehtriebvieh fällt, muß er die Felder unbesetzt lassen, insofern die Nachbarn ihm nicht zu Hülfe kommen. Er schätzt sich glücklich, an Wucherersins Leistungen zu übernehmen, die zu Gelde auf 1 Jahr berechnet im Kreise Neidenburg die Höhe von 50 pCt. erreichen. In der Nähe der Handelsorte sind die Verhältniß günstiger. Vorzugsweise ist die Provinz posen, dem Wucher preisgegeben, und wird derselbe von einem Berichtskatter fogar bis auf 100 pCt. angegeben. Nicht minder scheint derselbe, wenn auch in gleichem Maaß, in einigen Theilen Oberschlesens zu bestehen.

In den dem Bucher anheimgefallenen Landestheilen wird auch der Viehstand als ungenügend und dürftiger Qualität angegeben. In Beziehung auf die Ursachen der Vertheuerung wird die Abfindung der Witterten ganz allgemein als die vorherrschende angegeben; es wirken hin und wieder zu hohe oder lang ausdauernde Ausbegeben, Kauf ohne genügende Mittel und Unglücksfälle mit. Erhebliche Ueberschüßung wird nicht selten durch unser Quelle, daß mit dem Beginn des nächsten Monats Juli der rheinische Provinzial-Landtag wahrscheinlich in Koblenz zusammenzutreten werde.















8. Juni 1851.

Breslau, den 6. Juni 1851.  
Königliche Ersasskommission für die Stadt Breslau.  
v. Kehler.











